

Mut zu Widerspruch



Die Demokratie hat ein Problem mit der Jugend, zumindest mit dem Teil, der

noch selber denkt, Fragen stellt und es wagt, eine eigene Meinung zu haben. Und damit meine ich nicht den billigen „Mut gegen Rechts“. Mutiger ist es, sich aus dem, was in den großen Zeitungen steht, und dem, was Ihr hier lest, eine wirklich eigene Meinung zu bilden. Eine Meinung zu der Gesellschaft, in der wir leben, zu unserer Geschichte und vor allem zu unserer Zukunft, zu Eurer privaten Zukunft, der Eurer Familie und der unseres Volkes. Ich wünsche mir, daß Ihr diesen Mut aufbringt, selbst zu denken und zu werten. Alle Möglichkeiten dazu stehen Euch offen, die Systemmedien, Bücher, das Internet. Heute haltet Ihr diese Zeitung in den Händen, die von einer kleinen nationalen Fraktion für Euch gestaltet wurde. Vielleicht sagt Euch jemand, Ihr solltet diesen „braunen Rattenfängern“ nicht auf den Leim gehen. Aber – es ist Euer Recht, das Recht der Jugend, sich zu informieren, Fragen zu stellen und zu zweifeln. Wer, wenn nicht Ihr? Und noch etwas – das Schimpfwort „Rattenfänger“ legt doch nahe, daß IHR die Ratten seid?! Es liegt bei Euch, ob Ihr die „Ratten“ des Systems seid oder beweist, daß Ihr selbst denkt.

Gitta Schübler
Landtagsabgeordnete

Der alltägliche Skandal: Armut in einem reichen Land

Jahr für Jahr verschleudern die Altparteien die Steuer-Milliarden: für marode Banken, für Asylschwindler, für die EU-Bürokratie in Brüssel, für den „Kampf gegen Rechts“, für Projekte zur „Ausländerintegration“, für Kriegseinsätze der Bundeswehr und, und, und ... Nur für die soziale Sicherheit ist angeblich kein Geld da. Das Volk soll den Gürtel immer enger schnallen und den Sozialabbau klaglos hinnehmen. Doch Geld ist in diesem Land genug vorhanden – es muß nur endlich wieder gerecht verteilt werden und der großen Mehrheit der Deutschen zu gute kommen.

Die NPD hat im sächsischen Landtag immer wieder auf die bitteren Fakten hingewiesen:

■ Die wirkliche Arbeitslosenzahl liegt deutschlandweit längst bei sechs Millionen. Seit Jahren werden viele Arbeitslose nämlich gar nicht mehr als solche gezählt, um die offizielle Statistik zu schönen. Mit den ganzen Ein-Euro-Jobbern, Frührentnern, Umschülern und Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist die Schallmauer von sechs Millionen Arbeitslosen längst durchbrochen.

■ Diejenigen, die vorübergehend Arbeit gefunden haben, können von ihren Niedriglöhnen oft gar nicht leben. Schon mehr als eine Million Vollzeit-Beschäftigte in Deutschland sind auf ergänzende Leistungen des Staates angewiesen, weil sie trotz Arbeit arm sind. Fast fünf Millionen Menschen müssen in diesem Land für entwürdigende Niedriglöhne arbeiten.

■ Mehr als sieben Millionen Menschen müssen mehr schlecht als recht von Hartz-IV leben. Besonders beschämend ist, daß auch mehr als zwei Millionen Kinder auf Sozialhilfeniveau leben. Allein in Sachsen wachsen nach Zeitungsberichten mehr als 120.000 Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Armut auf.

■ Globalisierung und EU-Osterweiterung führen zur Abwanderung von Arbeit, Kapital und Wissen und zur Einwanderung von ausländischen Arbeitsplatz-Konkurrenten. Deshalb gerät auch immer mehr die Mittelschicht in den Abwärtssog der Globalisierung. Nach Experten-Aussagen gehörten im Jahr 2000 noch 62 Prozent der Deutschen zur Mittelschicht, heute sind es nur noch 54 Prozent.



■ Die Reallöhne der Arbeitnehmer sinken seit Jahren, während die Einkommen der Spitzenverdiener weiter steigen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besitzen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Volksvermögens. Die unteren Einkom-

mensschichten besitzen hingegen wenig bis nichts. Die Reichen werden also immer reicher und die Armen immer ärmer.

■ Selbst der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung zeichnet das Bild eines reichen Landes mit armen Menschen. Danach gelten

13 Prozent der Bundesbürger als arm, und weitere 13 Prozent werden nur durch staatliche Hilfen vor direkter Armut bewahrt. Das heißt, daß mittlerweile jeder vierte Deutsche arm oder armutsgefährdet ist.

Fortsetzung auf Seite 2



Arbeit

Arbeit ist mehr als nur nackter Gelderwerb: Arbeit schafft Wohlstand und Lebenssinn. Aber Millionen Deutsche sind heute davon ausgeschlossen, weil sie arbeitslos sind. Arbeitsplätze werden wegrationalisiert und in Billiglohnländer verlagert. Die Folge: Massenarbeitslosigkeit und Armutslohne. Beides haben die Politiker zu verantworten, die deutsche Arbeitnehmer dem internationalen Verdrängungswettbewerb ausliefern. Die NPD aber sagt: Arbeit für alle Deutschen ist möglich. Dafür brauchen wir den sozialen Nationalstaat, der heimische Betriebe und ihre Mitarbeiter vor einer hemmungslosen Globalisierung schützt. Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht das Volk der Wirtschaft!



Familie

Intakte Familien sind die Grundlage unseres Volkes und des deutschen Sozialstaates. In der Familie werden Traditionen weitergegeben und Gemeinschaft und Solidarität gelebt. Aber die Politik läßt die Familien nur allzu oft im Stich: Hohe Steuerbelastungen, der Zwang zur beruflichen Mobilität und die soziale Ausgrenzung von alleinerziehenden Müttern schaffen ein familienfeindliches Klima. Die NPD sagt: Schluß mit der Benachteiligung der Familie! Deutschen Frauen muß wieder Mut zu Kindern gemacht werden. Ihre Leistungen müssen mit einem Müttergehalt oder dem Anspruch auf einen kostenlosen Kita-Platz anerkannt werden. Kinder dürfen in einem reichen Land niemals ein Armutsrisiko sein!



Heimat

Heimat ist nicht der Ort, an dem wir uns zufällig aufhalten, sondern ein Stück von uns selbst. In der Heimat merkt man, woher man kommt, was man ist und wo man hingehört. Ein Mensch ohne Heimat ist wie ein Baum ohne Wurzeln. Die Globalisierung aber entwirzelt die Menschen und macht sie zu Nomaden, die der Arbeit hinterherziehen sollen. Familie und Freundeskreis, Würde und Identität bleiben dabei auf der Strecke. Im heutigen Kapitalismus hat alles seinen Preis, aber nichts mehr seinen Wert. Die NPD sagt: Heimat ist ein Menschenrecht. Die Politik hat den Menschen ein soziales Auskommen in ihrer Heimat zu garantieren. Nur so kann man sagen: Hier bin ich zuhause, hier bin ich Mensch!



Pleitegeier im Anflug:

Die Bilanz der Versagerparteien!

Um zu erkennen, wie schlecht es um Sachsen wirklich steht, muß man nur die Fakten zur Kenntnis nehmen:

- Zu Beginn des Wendejahres 1989 lebten in Sachsen noch fünf Millionen Menschen, inzwischen sind es nur noch 4,2 Millionen, also knapp 17 Prozent weniger. Bis zum Jahr 2020 werden es noch einmal 15 Prozent weniger sein. Damit schrumpft die Bevölkerung innerhalb von dreißig Jahren um fast 30 Prozent – das ist, als ob die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau völlig entvölkert würden. Sachsen blutet durch Geburtenmangel und Abwanderung regelrecht aus.
- Laut einer neuen Armutsstudie des Paritätischen Gesamtverbandes führt fast jeder fünfte Sachse – insgesamt rund 820.000 Menschen – ein Leben unter oder an der Armutsschwelle. Das heißt, daß er mit weniger als 60 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens auskommen muß. Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher.
- 2.750.000.000 Euro – das ist die Höhe der Landesbürgerschaft, mit der Sachsen und damit der sächsische Steuerzahler für die Zockereien der Landesbank mit amerikanischen Schrott-Immobilien eintreten muß. Anstatt mit Steuergeld zu spekulieren, sollte es in Bildung und Forschung investiert werden.
- Allein im Jahr 2008 wurden nach Angaben von „Fakt“ 450.000 amerikanische Soldaten über den Flughafen Leipzig-Halle in die Kriegsgebiete im Nahen Osten, nach Afghanistan und in den Irak gebracht. Diese Hilfsdienste für die US-Kriegstreiber verstoßen gegen das Grundgesetz und die Landesverfassung. Deutschland gerät so ohne Not ins Visier islamischer Fanatiker.
- 13 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern wurden für den Aufbau der sächsischen Chip-Industrie verschleudert – Ergebnis: Qimonda ist pleite und Infineon wackelt. Anstatt kleine und mittlere Betriebe zu fördern, wird Geld in krisenanfällige Großunternehmen gepumpt.
- Laut dem Integrationsbericht der Bundesregierung leben schon 15,3 Millionen „Menschen mit Migrationshintergrund“ in Deutschland. Auch in Leipzig leben offiziell schon 6,4 Prozent Ausländer – Tendenz stark steigend. Heute tolerant und morgen fremd im eigenen Land!
- Laut dem Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute ist bis Ende 2010 mit fünf Millionen Arbeitslosen zu rechnen – und das bei der offiziellen Zählweise der Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit haben wir schon heute sechs Millionen Arbeitslose, wenn die ganzen Frührentner, Ein-Euro-Jobber, Umschüler und Kurzarbeiter hinzugerechnet werden.
- Der deutsche Schuldenberg wird immer höher. Trotzdem verteilt die Bundesregierung – ohne Gegenleistung – weiterhin Steuergeld in alle Welt. Allein im Jahr 2008 überwies Deutschland 7,8 Milliarden Euro mehr an die EU, als es aus Brüssel zurückbekam. Dabei lasten auf den Schultern eines jeden jungen Deutschen schon jetzt Tausende Euro Schulden, die er selbst gar nicht angehäuft hat.

CDU, LINKE, SPD, FDP und GRÜNE sind die Verantwortlichen für diese Versagerpolitik, die vor allem auf Kosten der jungen Sachsen geht. WER SICH DAGEGEN NICHT WEHRT, DER LEBT VERKEHRT!

Heute tolerant und morgen fremd im eigenen Land

In Leipzig dürfen radikale Islamisten ihr Unwesen treiben

Kurz vor der Bundestagswahl meldete sich der radikale Islam zu Wort und drohte mit Anschlägen in Deutschland. In einer Videobotschaft forderte der „Deutsch-Marokkaner“ Bekkay Harrach von der Terrorgruppe al-Qaida den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, sonst würden in Deutschland Bomben hochgehen. Die Ansprache des Islamisten endete mit den Worten „O Allah, ich liebe dich“.

Der Fall Bekkay Harrach – einer von Millionen Ausländern mit deutschem Paß, deshalb das Kunstwort „Deutsch-Marokkaner“ – zeigt, wie richtig die Forderungen der NPD sind: Bundeswehr raus aus Afghanistan und kriminelle Ausländer raus aus Deutschland. Die Terrorgefahr gibt es nur, weil CDU, SPD, FDP und Grüne unsere Soldaten unter der Führung Amerikas in Angriffskriege schicken und so den Haß der islamischen Welt provozieren. Bedroht wird die innere Sicherheit aber vor allem, weil die Multikulti-Parteien Millionen kulturfremder Moslems nach Deutschland einwandern lassen.

Was die Islamisten wirklich denken, erklärte 1994 der Bürgermeister von Istanbul: „Die Minarette sind unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Kasernen, die Gläubigen unsere Soldaten.“ Das sagte damals ein gewisser Recep Tayyip Erdogan – der Mann ist heute türkischer Ministerpräsident!

Längst findet auch in den sächsischen Großstädten eine schleichende Islamisierung statt. Am 25. Mai 2009 enthüllte das MDR-Magazin „Fakt“, daß an der Leipziger Al-Rahman-Moschee ein bekannter Haßprediger sein Unwesen treibt: der „Deutsch-Syrer“ Hassan Dabbagh. Natürlich ist auch er eingebürgert worden und gilt deshalb als „deutscher Staatsbürger“.

Laut MDR stellte die Polizei 2008 bei einer Durchsichtung der Al-Rahman-Moschee Material sicher, in dem zur Tötung „Ungläubiger“ aufgerufen wird. 2006 hatte dieser Steinzeit-Moslem in einer Talkshow die geplanten Kofferbombentatate von Dortmund und Koblenz, die während der Fußball-WM explodieren sollten, gerechtfertigt und die Hinrichtungsmethode



der Steinigung als „Gesetz Gottes“ bezeichnet.

Im Juni stellte die NPD im Landtag den Antrag „Islamisierung stoppen – Leipziger Imam Hassan Dabbagh ausweisen“. NPD-Fraktionschef Holger Apfel kritisierte in der Debatte den untätigen CDU-Innenminister: „Egal ob Grenzkriminalität oder der nach der Grenzöffnung massiv gestiegene Autodiebstahl, egal ob der von ausländischen Jugendbanden in Leipzig vom Zaun gebrochene Diskokrieg oder nun die Mordaufrufe des Leipziger Imams – der Innenminister guckt weg und handelt nicht.“

Die anderen Landtagsparteien stimmten aber gegen den Antrag der NPD und damit für den Verbleib des Islamisten Hassan Dabbagh in Leipzig. Man sieht: Eine multikulturelle Gesellschaft ist immer auch eine multikriminelle Gesellschaft. Wer den inneren Frieden bewahren will, muß die Zuwanderung stoppen und kulturfremde Ausländer in ihre Heimatländer zurückschicken. Selbst SPD-Kanzler Gerhard Schröder hatte vor 12 Jahren gesagt: „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins – raus, und zwar schnell“. Lassen wir den Worten endlich Taten folgen.



„Armut in einem reichen Land“

Fortsetzung von Seite 1

Diese neue Armut ist ein Armutszeugnis für die etablierten Politiker, die immer genug Geld für Minderheiten und Großkonzerne übrig haben, aber nicht mehr für die große Mehrheit der Deutschen. Für Bildung und soziale Sicherheit ist angeblich kein Geld da. Doch im letzten Jahr brauchte die alte Bundesregierung aus CDU und SPD nur eine Woche, um 480 Milliarden Euro für die Rettung maroder Banken und krimineller Banker locker zu machen. Das ist ein Skandal!

Um die soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen, hat die NPD im Sächsischen Landtag immer wieder gefordert:

- Eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze statt Massenverarmung.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Arbeitnehmer statt Ausbeutungslöhne.
- Finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende und Familien statt für kinderlose Doppelverdiener.
- Steuerentlastungen für kleine und mittlere Einkommen statt für Großverdiener.
- Eine Steuerpolitik für kleine und mittlere Betriebe statt für Konzerne.
- Ausländer-Rückführung statt Einwanderung von Lohn-drückern und Arbeitsplatz-Konkurrenten.
- Eine Förderpolitik für die heimische Wirtschaft statt Milliardenzahlungen an konkurrierende Volkswirtschaften in der Europäischen Union.

NPD-Fraktion: Telefon (0351) 493 490-0

Umweltschutz ist Heimatschutz

NPD gegen

„grüne Gentechnik“

Immer wenn es in Sachsens Landtag um die Nutzung der sogenannten grünen Gentechnik ging, hat die NPD Nein gesagt – nein zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln, die Mensch und Umwelt gefährden und nur den internationalen Agrarkonzernen nutzen. Für uns ist Umweltschutz auch immer Heimatschutz. Deshalb forderte die NPD schon lange ein Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais MON 810 des US-Konzerns Monsanto. Der Druck, der von Verbrauchern, Umweltschutzverbänden und auch der NPD aufgebaut wurde, hat

einen ersten Erfolg gebracht. Das zuständige Bundesministerium erließ für 2009 ein Anbauverbot des amerikanischen Genmaises. Weil CDU, SPD und FDP glühende Befürworter der „grünen Gentechnik“ sind, enthält ein großer Teil der eingeführten Lebensmittel und des Tierfutters aber schon gentechnisch verändertes Material wie Soja.

Die NPD ist klar gegen die industrielle Nutzung der Gentechnik. Wir wollen keine Gentechnik auf unseren



Äckern, in den Lebensmittelregalen und im Tierfutter. Gentechnisch veränderte Pflanzen müssen dauerhaft verboten sein. Ein selbstbewußter deutscher Nationalstaat müßte das – im Interesse von Mensch und Natur – gegen die Europäische Union, die USA und die Saatgutkonzerne durchsetzen. Gene als Bausteine des Lebens sind zu kostbar, um mit ihnen aus Profitgründen herumzuspielen.

„Für das Recht, ein selbstbewußtes Volk zu sein“

Interview mit dem Historiker und NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel

Hallo Herr Gansel, Sie sind einer der wenigen Historiker im Sächsischen Landtag. Was hat Sie eigentlich bewegt, Geschichte zu studieren?

Gansel: Mit deutscher und europäischer Geschichte habe ich mich schon als Jugendlicher beschäftigt. Das hängt damit zusammen, daß meine Großeltern 1945 zusammen mit 12 Millionen Landsleuten gewaltsam aus den deutschen Ostgebieten vertrieben wurden und die Heimat nie wieder sahen. Vor allem begann ich mich aber für Geschichte zu interessieren, weil mein Vater bis 1988 an der Vertretung der Bundesrepublik in der DDR arbeitete und ich in Ost-Berlin hautnah die Tragödie eines staatlich geteilten Volkes erlebte. Meine früheste politische Forderung war deshalb die Wiedervereinigung der deutschen Nation.

Sie haben also vor dem Wendejahr 1989 das Leben in beiden Teilen Deutschlands kennengelernt. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die DDR?

Gansel: Im direkten Vergleich erkannte ich die Vor-

züge und Defizite beider Staaten und konnte so mein kritisches Gesellschaftsbewußtsein schärfen. Die DDR bestand ja nicht nur aus Meinungsunterdrückung und Mauermorden, roter Bonzen-Herrschaft und Mangelwirtschaft, sondern hatte auch ihre guten Seiten. Im Lebensalltag der Menschen gab es noch viel an deutscher Gemütskultur, an Solidarität und Gemeinsinn. In vielem war die DDR deshalb deutscher als die BRD mit ihrer Ausländerschwemme, ihrer nationalen Selbstverleugnung und ihrem grenzenlosen Materialismus.

Wurden Sie auch in der Schule politisch geprägt?

Gansel: Ja, aber nicht so, wie man es angesichts vieler linker Lehrer erwarten könnte. Rechts im Sinne des Eintretens für mein Land war ich schon mit 14 Jahren. Mein Geschichtslehrer war einer dieser verklemmten Typen, die kaum das Wort „Deutschland“ aussprechen können, ohne von „Schuld“ zu faseln. Schon früh haben mich die Rituale dieser einseitigen „Vergangenheitsbewältigung“ angewidert. Da-

bei geht es ja nicht um ein gerechtes Bild der deutschen Geschichte mit ihren Licht- und Schattenseiten, sondern um die Umfälschung unserer Geschichte in ein Verbrecheralbum. Motto: Die Deutschen sind die Bösen und alle anderen die Guten. Das ist natürlich Unfug: Es gibt keine Täter- oder Opfervölker, sondern Schuld ist – wenn es sie denn gibt – immer individuell.

Meinen Sie, daß die 12 Jahre Nationalsozialismus von antideutscher Seite instrumentalisiert werden?

Gansel: Natürlich. Hitler und das Dritte Reich sind Vergangenheit und nichts als Vergangenheit. Linke Politiker, Lehrer und Journalisten sind es doch, die Hitler auch 64 Jahre nach seinem Tod nicht ruhen lassen. Sie halten ihn künstlich am Leben, um den Deutschen das nationale Selbstbewußtsein auszutreiben. Die Deutschen sollen davon abgehalten werden, ihre rechtmäßigen Interessen zu vertreten. Der Schuldult löst bei der jungen Generation aber nur noch gähnende Langeweile aus. Es fehlt nur noch die

Ausstellung „Verbrechen des deutschen Schäferhundes 1939 bis 1945“, in die dann wieder ganze Schulklassen von dauerbetroffenen Geschichtspädagogen geschleust werden.

Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle der NPD?

Gansel: Die NPD setzt sich für die politischen und sozialen Rechte unseres Volkes ein, weil es von den etablierten Parteien keiner tut. Deshalb will sie den Schuld- und Sühne-Zirkus überwinden. Dieser ermöglicht es in- und ausländischen Kreisen, uns Deutsche moralisch zu demütigen, finanziell auszunutzen und politisch zu bevormunden. 64 Jahre nach Hitler muß damit endlich Schluß sein! Ich finde es skandalös, daß noch die vierte Nachkriegsgeneration mit nationalem Selbsthaß geimpft wird und Antifa-Spinner dann „Deutschland verrecke“ skandieren. Die NPD meint, daß auch die Deutschen das

verdammt haben, ein selbstbewußtes Volk unter anderen selbstbewußten Völkern zu sein.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.



Jürgen Gansel wurde 1974 geboren und studierte Geschichte und Politik an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Bis zu seinem Abitur war er Mitglied der CDU. Während der Studienzeit wurde er immer gesellschaftskritischer und trat deshalb 1998 in die NPD ein. Von 2001 bis 2004 arbeitete er als Redakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“. Seit Herbst 2004 ist er Mitglied des sächsischen Landtages und vertritt die NPD im Ausschuß für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien.

Nur noch die Gedanken sind frei

NPD gegen Zensur des Internets

Immer schneller verwandelt sich der frühere deutsche Rechtsstaat in einen Überwachungsstaat, der seine Bürger ausspioniert und kontrolliert. In ihrer gemeinsamen Regierungszeit haben CDU und SPD zahlreiche Freiheitsrechte eingeschränkt, um den „gläsernen“, den durchleuchteten Menschen zu schaffen. Stichworte sind Telefonüberwachung, die Erhebung „biometrischer Daten“, die Vorratspeicherung persönlicher Daten und die Online-Überwachung.

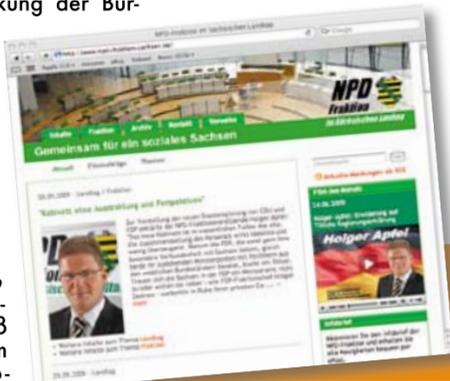
Der Staat greift immer schamloser in die Privatsphäre der Leute ein, um zu erfahren, was sie denken und was sie tun. Das macht nur eine Regierung, die dem eigenen Volk mißtraut – wer wie CDU und SPD aber Politik gegen das eigene Volk betreibt, hat zu Mißtrauen auch allen Grund.

Seit einiger Zeit dürfen staatliche Stellen ziemlich willkürlich private Computer ausspähen und die gewonnenen Daten sammeln. Angeblich dient das der inneren Sicherheit. In Wirklichkeit ist es aber nur ein Vorwand zur Einschränkung der Bürgerrechte. Wenn die Online-Überwachung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität dient, ist sie natürlich gut und richtig. Und genauso gut und richtig ist es, daß seit kurzem kinderporno-

graphische Seiten im Internet gesperrt werden. Aber der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Kinderschänderei ist mit der Kontrolle des Internets alleine doch gar nicht zu gewinnen. Hier sind ganz andere Maßnahmen nötig, vor denen liberale Weicheier aber zurückschrecken.

Anstatt die organisierte Kriminalität konsequent zu bekämpfen und Kinderschänder aus dem Verkehr zu ziehen, überwacht dieser Staat lieber das Internet unbescholtener Bürger. Dieser Staat mißtraut mittlerweile allem und jedem: er will wissen, wie man politisch tickt und wen man kennt, wo man einkauft und welche Musik man hört. Das geht ihn aber nichts an!

Deshalb hatte die NPD schon am 10. Mai 2007 im Landtag eine Debatte beantragt mit dem Titel: „Den Überwachungsstaat stoppen – Nein zu Online-Überwachung und Rundum-Kontrolle.“ Wir sagen: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!



Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze!

Warum die NPD gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle ist

„Krieg bedeutet Frieden“ – diesen Slogan verbreitet die allmächtige Partei in George Orwells bekanntem Roman „1984“, in dem der Autor einen totalen Überwachungsstaat beschreibt.

Gut 60 Jahre nach dem Buch erinnert die Sprache der Regierungen immer mehr an Orwell: Kriege gibt es angeblich nicht mehr, und Bundeswehr und NATO befinden sich nur noch in „humanitären Einsätzen“.

So kommt es, daß die Bundeswehr fast auf dem ganzen Globus aktiv ist: Deutsche Soldaten stehen heute im Kosovo, in Afghanistan, in Bosnien, im Sudan, in Somalia und sie überwachen den Seeraum des Libanon. Besonders dreist ist es, daß der Krieg in Afghanistan, in dem immer mehr deutsche Soldaten und einheimische Zivilisten sterben, zu einer „humanitären Intervention“ umgelogen wird. In Wahrheit geht es hier nur um die Interessen der USA, die von Afghanistan aus das rohstoffreiche Zentralasien kontrollieren wollen. Die NPD hingegen sagt: Eine deutsche Armee sollte nur zur Verteidigung der Heimat dienen. Holt unsere Soldaten aus dem Ausland zurück.

Die NATO-Einsätze spielen sich aber nicht nur auf

fernen Kontinenten ab, sondern sie werfen ihre Schatten auch auf Sachsen. So enthüllte das MDR-Magazin „Fakt“ am 2. Februar 2009, daß allein im Jahr 2008 450.000 US-Soldaten über den Flughafen Leipzig-Halle in die Kriegsgebiete im Nahen Osten, nach Afghanistan und in den Irak gebracht wurden. Nach Aussagen des Bundeswehr-offiziers Heinz Dieter Jopp ist der Flughafen Leipzig der zentrale Umschlagpunkt des US-Militärs, wenn es um den Transport von Truppen in die Einsatzräume geht. Obwohl diese verfassungsrechtlich illegalen Umtriebe eine extreme Gefährdung für die Bürger der Stadt Leipzig – Terrorgefahr! – darstellen, unterliegen die NATO-Aktivitäten auf dem Flughafen einer totalen Informationsblockade.

Die NPD hat im Sächsischen Landtag mit zahlreichen Initiativen deutlich gemacht, daß diese Informationsblockade unerträglich ist. Die militärische Nutzung des Flughafens geht nicht nur die Planungsstäbe der US-Armee und der NATO etwas an, sondern sie ist

Holt unsere Soldaten heim!



vor allem Sache der Leipziger Bürger, die wegen der NATO-Präsenz mit einer höheren Anschlaggefahr leben müssen. Deshalb fordert die NPD: Die Leipziger müssen endlich über das aufgeklärt werden, was sich auf ihrem eigenen Flughafen Tag für Tag abspielt.

Wir Nationalen sagen: Der Flughafen Leipzig-Halle muß NATO-frei werden! Die militärische Nutzung des Flughafens verstößt gegen

das Grundgesetz und das Völkerrecht.

Wenn Euch das nächste Mal jemand einreden will, daß die Rechten ganz böse Kriegstreiber seien, dann laßt Euch nicht hinters Licht führen. Tatsächlich sind es die Regierungsparteien, die in aller Welt Kriege führen, während die NPD gegen eine Unterstützung von NATO-Angriffskriegen und gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ist.

Die Seite des anderen Deutschlands:

www.npd-fraktion-sachsen.de

Warum Euch die Altparteien im Alter alt aussehen lassen

Um Arbeit, Familie und Heimat ist es schlecht bestellt. Weil es keine soziale Sicherheit mehr gibt, entscheiden sich viele Paare gegen eigene Kinder. Und weil es zu wenig Arbeit gibt, wandern junge Familien aus Sachsen ab. Aber ohne Kinder und Familien hat der Sozialstaat keine Zukunft.

Jeder, der mit offenen Augen durchs Land fährt, sieht die Folgen von Abwanderung und Geburtenmangel. 1990 hatte Sachsen noch fast fünf Millionen Einwohner und heute sind es 4,2 Millionen. Im Jahr 2020 werden nach Prognosen nur noch 3,7 Millionen Menschen in Sachsen leben, von denen wiederum ein Drittel älter als 65 Jahre sein wird. Die herrschenden Parteien nennen das verharmlosend „demographischer Wandel“.

In Wirklichkeit erleben wir einen schleichenden Volkstod, der in 10 oder 15 Jahren zum Zusammenbruch der Sozialsysteme führen wird. Die gesetzliche Ren-

tenversicherung beruht nämlich auf dem „Generationsvertrag“, d.h. die junge Generation muß die Renten der Älteren erwirtschaften. Das funktioniert aber nur solange, wie es genügend junge Leute in Arbeit gibt. Das Problem: Immer weniger Junge müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Die junge Generation wird deshalb ständig steigende Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen müssen, obwohl sie selbst später mit einer Almosen-Rente abgespeist wird. Wer heute jung, arbeitslos oder unterbezahlt ist, auf den wartet im Alter ein Leben auf Sozialhilfeniveau. Denn wer hat schon



2004 haben die Nationalen zahlreiche familienpolitische Initiativen im Landtag gestartet, u.a. für eine kostenfreie Kindertagesbetreuung, die Einführung eines Müttergelds und die Vergabe von staatlichen Familienkrediten.

■ Wir fordern eine kostenfreie Kindertagesbetreuung, damit Frauen Beruf und Kinder besser miteinander vereinbaren können. Berufstätige Mütter sollen auf ein flächendeckendes Angebot staatlicher Kinderbetreuung zurückgreifen können.

■ Mütter, die ihrer Kinder zuliebe nicht arbeiten gehen, dürfen gegenüber berufstätigen Frauen nicht mehr benachteiligt werden. Die Leistung der Hausfrau, die den ganzen Tag für ihre Kinder da ist, muß finanziell end-

lich anerkannt werden. Wir fordern deshalb ein Müttergeld von 1.000 Euro im Monat für alle Frauen, die sich für die häusliche Kindererziehung entscheiden.

■ Um jungen Leuten die Familiengründung zu erleichtern, fordern wir einen zinsfreien Familienkredit in Höhe von 10.000 Euro. Mit jedem Kind reduziert sich die Rückzahlungssumme um ein Drittel. Somit ist der familiäre Starthilfekredit mit dem dritten Kind getilgt.

Das Sterben alter sächsischer Industrie- und Kulturregionen ist kein Naturgesetz. Gegen Abwanderung und Geburtenmangel kann man etwas tun – man muß es nur wollen. Wir Nationalen wollen – für Arbeit, Familie und Heimat.



„Laßt uns Politiker nicht allein“

12,8 Prozent der jungen Sachsen stimmten bei Testwahl für die NPD

Eine Woche vor der Bundestagswahl fand wieder das Wahlprojekt „U18“ statt, bei dem Jugendliche probeweise ihre Lieblingspartei wählen konnten. In Sachsen beteiligten sich 9.151 junge Leute an dieser Testwahl. Dabei erzielte die NPD mit sattem 12,8 Prozent deutschlandweit ihr bestes Ergebnis. In den Wahlkreisen Zwickau und Dresden wurde die NPD mit 21,79 % und 17,38 % sogar zweitstärkste Partei hinter der CDU. Sehr gute Ergebnisse erzielten die Nationalen auch in Nord-sachsen (17,11 %), im Kreis Bautzen (16,48 %) und im Erzgebirge (15,92 %).

Vielorts schnitt die NPD besser ab als SPD, Linke und Grüne. Bei etablierten Politikern herrscht deshalb wieder einmal schwere „Betroffenheit“. Zuerst verbauen sie den jungen Deutschen ihre Zukunft und dann wundern sie sich, daß die Jugendlichen keinen Bock mehr auf ihr leeres Politiker-Geschwätz haben.

Eines hat die U18-Wahl gezeigt: Rechts wählen wirkt immer... Plötzlich interessiert man sich wieder für die Alltagsprobleme und Zukunftsängste der jungen Generation. Polit-Bonzen und staatlich bezahlte Sozialpädagogen fragen

sich plötzlich, was sie falsch gemacht haben und warum die Jugend nichts mehr von ihnen wissen will. Es lohnt sich, den Stimmentwurf zum Denkmittel zu machen, damit die „da oben“ wieder auf die „da unten“ hören.

Grit Hanneforth vom linken „Kulturbüro Sachsen“ erklärte der „Sächsischen Zeitung“, daß die NPD ihre Anhänger in verschiedensten Kreisen habe: „Es sind nicht nur Jugendliche, die aus sozial schwachen Familien stammen, nicht nur die aus – wie es so schön heißt – ‚bildungsfernen‘ Schichten, sondern auch junge Menschen aus angesehe-

nen Mittelschichtfamilien. Studien bestätigten, dass sich rechtsextreme Weltbilder durch alle Bereiche der Gesellschaft ziehen. Das hängt mit der schlechenden Normalisierung der NPD im Parteienspektrum zusammen. Sie verliert zwar bei der Landtagswahl an Stimmen, gewinnt aber gleichzeitig in Kreistagen und Gemeinden an Beständigkeit und wird damit für immer mehr Jugendliche zu einer ‚normalen‘ Größe in der Parteienlandschaft.“

Richtig peinlich wurde es, als etablierte Politiker das „krasse Wahlverhalten“ der unter 18-Jährigen

in der Sächsischen Schweiz erklären sollten, von denen 17,1 % für die NPD gestimmt hatten. An einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema nahmen die Bundestagskandidaten Klaus Wolfram (SPD), Thomas Richter (FDP) und Hubertus Grass (Grüne) sowie der CDU-Landtagsabgeordnete Oliver Wehner teil. Dabei ging es wieder nicht um die Sorgen der jungen Sachsen: ob sie in ihrer Heimat einen passenden Ausbildungsplatz und gerecht bezahlte Arbeit finden, ob sie an der Uni einmal Studiengebühren abdrücken müssen und ob sie später eine Familie grün-

den können, ohne in Armut abzurutschen. Statt darüber zu diskutieren, ging es wieder nur um den mit Millionenaufwand betriebenen K(r)ampf gegen Rechts.

Am Ende blieb nur Ratlosigkeit angesichts der NPD-Sympathien vieler Jugendlicher. Hubertus Grass, der Bundestagskandidat der Grünen, konnte nach einem Bericht der „Sächsischen Zeitung“ nur noch einen Hilfeschrei ausstoßen: „Laßt uns Politiker nicht allein. Das Problem kriegen wir nur alle gemeinsam in den Griff“. Wenn Peinlichkeit weh täte, müßte Herr Grass den ganzen Tag schreien...

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930

V.i.S.d.P.: Holger Apfel,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

INFO-GUTSCHEIN

Vorname	
Name	
Straße/Haus-Nr.	
PLZ/Ort	
Telefon	
ePost	
Beruf	
Alter	

Bitte schicken Sie mir kostenlos

- ein Informationspaket
- regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- die Info-Broschüre „Die SachsenLB – Die Zockerbank“
- die Info-Broschüre „Regionalwirtschaft, Arbeit und Familie“
- das Faltblatt „Ja zu Grenzkontrollen“
- das Faltblatt „Rückkehrrecht statt Bleiberecht“
- das Faltblatt „Gesunde Ernährung statt Gentechnik“
- das Faltblatt „Ja zur Familie“
- das Faltblatt „Schützt unsere Kinder“

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930

JK1

Mitgeschöpfe, keine Sachen!

Die NPD-Fraktion machte sich im Landtag gegen das betäubungslose Schlachten von Tieren stark

Im Jahr 2002 wurde das Staatsziel des Tierschutzes im Grundgesetz festgeschrieben. Doch immer noch findet in Deutschland eine schlimme Tierquälerei statt, die in anderen europäischen Ländern längst verboten ist: das „Schächten“, also das Schlachten von Tieren ohne Betäubung. Beim Schächten werden einem Tier bei vollem Bewußtsein mit einem Messer die Halsschlagadern sowie die Luft- und Speiseröhre durchtrennt. Die Tiere leiden unter starken Schmerzen und Atemnot und sterben durch Verbluten.

Dieses traditionelle betäubungslose Schlachten ist Bestandteil des fundamentalistischen Islam und des Judentums. In Deutschland ist die Betäubung der Tiere aus Tierschutzgründen im Tierschutzgesetz eigentlich vorgeschrieben. Trotzdem hat das Bundesverfassungsgericht 2002 entschieden, Vertretern des Islam und des Judentums das Schlachten von Tieren ohne Betäubung zu erlauben. Damit spielt Deutschland in negativer Hinsicht eine Sonderrolle. In Norwegen, Schweden, Neuseeland und der

Schweiz gibt es bereits das Verbot des betäubungslosen Schlachtens. Das Schächten mit Betäubung wird in Österreich, Dänemark und den USA praktiziert, und zwar durchaus mit Zustimmung der dortigen moslemischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften. Die vorherige Betäubung durch Elektroschocks kann die Tiere we-

nigstens vor unnötigen Qualen bewahren.

Für die NPD steht fest: Das betäubungslose Schlachten ist generell eine Tierquälerei, unabhängig von den Beweggründen dieser Schlachtmethode. Religiöse Vorschriften rechtfertigen keine Tierquälerei. Deswegen brachte die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag im Dezember 2006

einen Antrag für eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Tierschutzgesetzes ein, um das Schlachten ohne Betäubung zu verbieten. Das Ergebnis: Dieser Antrag der NPD wurde nicht nur abgelehnt. Die Abgeordneten der etablierten Parteien weigerten sich sogar, in der Debatte zum Schächterverbot überhaupt das Wort zu ergreifen.

Die NPD hingegen sagt: Die Tiere sind unsere Mitgeschöpfe, die unseren Respekt und unseren Schutz verdienen! Das seit 2002 bestehende Staatsziel Tierschutz wird dennoch weiterhin mißachtet: Weder wurde die Verbandsklage für anerkannte Tierschutzverbände eingeführt noch wurde die Zahl der Tierversuche deutlich gesenkt.

Deshalb fordert die NPD, das Staatsziel Tierschutz endlich mit Leben zu erfüllen und die Tiere vor grausamen orientalischen Religionspraktiken zu schützen.



Trau Dich: www.npd-fraktion-sachsen.de